

**Belgische Kamer
van Volksvertegenwoordigers**

GEWONE ZITTING 1995-1996 (*)

4 MAART 1996

WETSVOORSTEL

**tot wijziging van de wet van
31 december 1983 tot hervorming
der instellingen voor
de Duitstalige Gemeenschap**

**ADVIES VAN DE RAAD
VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

Met redenen omkleed advies be-
treffende het wetsvoorstel tot
wijziging van de wet van 31 de-
cember 1983 tot hervorming
der instellingen voor de Duits-
talige Gemeenschap

Avis motivé relatif à la proposi-
tion de loi modifiant la loi du
31 décembre 1983 de réformes
institutionnelles pour la com-
munauté germanophone

Mit Gründen versehenes Gutach-
ten zum Gesetzesvorschlag
zur Abänderung des Gesetzes
vom 31. Dezember 1983 über
Institutionelle Reformen für
die Deutschsprachige Ge-
meinschaft

Zie :

- 106 - 1995 :

— N° 1 : Wetsvoorstel van de heer Gehlen.

(*) Tweede zitting van de 49^e zittingsperiode.

**Chambre des Représentants
de Belgique**

SESSION ORDINAIRE 1995-1996 (*)

4 MARS 1996

PROPOSITION DE LOI

**modifiant la loi du 31 décembre 1983
de réformes institutionnelles
pour la Communauté
germanophone**

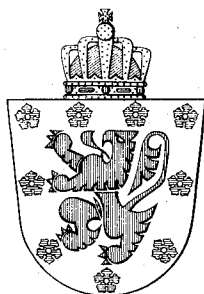
**AVIS DU CONSEIL
DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE**

Voir :

- 106 - 1995 :

— N° 1 : Proposition de loi de M. Gehlen.

(*) Deuxième session de la 49^e législature.



Rat der
Deutschsprachigen
Gemeinschaft

**18. DEZEMBER 1995 - MIT GRÜNDEN VERSEHENES GUTACHTEN ZUM
GESETZESVORSCHLAG ZUR ABÄNDERUNG DES GESETZES VOM 31. DEZEMBER
1983 ÜBER INSTITUTIONELLE REFORMEN FÜR DIE
DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT**

Sitzungsperiode 1995-1996

Dokumente des Rates : 35 (1995-1996) Nr. 1 Anfrage auf Gutachten
35 (1995-1996) Nr. 2 Vorschlag
35 (1995-1996) Nr. 3 Bericht
35 (1995-1996) Nr. 4 Abänderungsvorschlag zu dem vom Ausschuß
angenommenen Text

Ausführlicher Bericht : Diskussion und Abstimmung - Sitzung vom 18. Dezember 1995

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen :

KAPITEL I - VORBEMERKUNGEN

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft bedauert, daß der Deutschsprachigen Gemeinschaft die „konstitutive Autonomie“ während der letzten Staatsreform nicht zuerkannt worden ist, so wie er es in den beiden mit Gründen versehenen Gutachten vom 1. Februar 1993 zum Sondergesetzesvorschlag zur Vollendung der föderalen Staatsstruktur und vom 10. Mai 1993 zum Gesetzesvorschlag zur Vollendung der föderalen Staatsstruktur¹ gefordert hatte.

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft bedauert darüber hinaus, daß die am 12. April 1995 verabschiedete Erklärung zur Revision der Verfassung keinen Punkt enthält, der in Zukunft eine diesbezügliche verfassungsrechtliche Gleichberechtigung der Deutschsprachigen Gemeinschaft erlaubt, so wie dies der Rat in seiner Resolution, vom 9. März 1995 an die föderalen Kammern Belgiens betreffend die Erklärung zur Revision der Verfassung gefordert hatte.²

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft stellt fest, daß aus diesem Grund eine punktuelle Gleichberechtigung der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit den anderen Gemeinschaften zur Zeit nur auf dem Wege der Verabschiedung von Änderungen zum Gesetz vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft möglich ist.

In diesem einschränkenden Sinne begrüßt der Rat den zur Begutachtung vorgelegten Gesetzesvorschlag.

KAPITEL II - BEMERKUNGEN ZU DEN EINZELNEN ARTIKELN DES GESETZESVORSCHLAGS

1. Artikel 2

Der jetzigen Formulierung des Artikels 2 zufolge muß das Mitglied des Europäischen Parlaments aufgrund des Verweises auf Punkt 1 des Artikels 8 § 4 sowohl seinen Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet haben als auch den Verfassungseid ausschließlich oder an erster Stelle in Deutsch geleistet haben.

In bezug auf die Eidesleistung weist der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft darauf hin, daß das Mitglied des Europäischen Parlaments keinen Eid auf die belgische Verfassung ablegt. Ein Verweis auf die diesbezügliche im Punkt 1 enthaltene Verpflichtung darf aus diesem Grund nicht vorgenommen werden. In diesem Zusammenhang bemerkt der Rat jedoch, daß das im deutschsprachigen Wahlkreis gewählte Mitglied des Europäischen Parlaments eine vergleichbare Bedingung - zumindest was den Sprachengebrauch betrifft - aufgrund der Artikel 21 § 6 Absatz 6 und 41 Nr. 3 des Gesetzes vom 23. März 1989 über die Wahl des Europäischen Parlaments, abgeändert durch das Gesetz vom 16. Juli 1993, erfüllt hat.

In bezug auf die Verpflichtung, seinen Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet zu haben, bemerkt der Rat, daß eine derartige Bedingung aufrecht erhalten werden sollte. Diese Verpflichtung sollte im Sinne des Artikels 5 des Gesetzes vom 6. Juli 1990 zur Regelung der Modalitäten für die Wahl des Rates der

¹ siehe die Ratsdokumente 75 (1992-1993) Nr. 2 und 84 (1992-1993) Nr. 2 sowie das Kammerdokument 897/10-92/93 und das Senatsdokument 558/5 (1992-1993) Seite 490ff.

² siehe das Ratsdokument 144 (1994-1995) Nr. 1

Deutschsprachigen Gemeinschaft, der nicht nur die Wahl, sondern auch den Verbleib im Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft an die Eintragung in das Bevölkerungsregister einer der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets bindet, interpretiert werden (siehe hierzu den in der Anlage 1 befindlichen Abänderungsvorschlag).

2. Artikel 3

Der Rat befürwortet die in dieser Bestimmung niedergelegte Unvereinbarkeit zwischen einem Mandat als Ratsmitglied und einer Mitgliedschaft in der Gemeinschaftsregierung. Der Rat weist jedoch darauf hin, daß bei Annahme dieser zusätzlichen Unvereinbarkeit die Artikel 44 und 50 des o.e. Gesetzes vom 31. Dezember 1983 entsprechend angepaßt werden sollten.

Der Rat wünscht des weiteren, daß ebenfalls eine Unvereinbarkeit in bezug auf die Wahrnehmung eines Mandats in der Wallonischen Regionalregierung sowie in der Französischen Gemeinschaftsregierung eingerichtet wird. Eine entsprechende Nummer 13 sollte in den Artikel 10bis aufgenommen werden (siehe Anlage 2).

3. Artikel 4

Artikel 4 des Gesetzesvorschlags zielt durch die Wiederherstellung des Artikels 11 des o.e. Gesetzes darauf ab, eine Regelung für den zeitweiligen Ersatz der Ratsmitglieder einzufügen, die entweder das Amt eines Gemeinschaftsministers (Artikel 11 § 1), eines Mitglieds des föderalen Parlaments in Anwendung von Artikel 1bis des Gesetzes vom 6. August 1931 (Artikel 11 § 2) oder aber dasjenige eines föderalen Ministers oder Staatssekretärs (Artikel 11 § 3) antreten.

- In bezug auf die im Paragraphen 1 des vorgeschlagenen Artikels 11 niedergelegte Regelung bemerkt der Rat zum einen, daß die jetzige Regelung (1. Satz) - im Gegensatz zu dem, was in Artikel 50 der Verfassung bzw. in den diesbezüglichen Sonderdekreten des Flämischen Rates, des Wallonischen Regionalrates und des Französischen Gemeinschaftsrates vorgesehen ist - nicht ausdrücklich ausführt, daß der Minister sein Mandat im Rat nach dem vorherigen Ausscheiden aus der Gemeinschaftsregierung wieder aufnimmt. Zum anderen weist der Rat darauf hin, daß die jetzige Formulierung des Paragraphen (insbesondere des 2. Satzes) lediglich die Rücktrittshypothese abdeckt, die sich für einen ausscheidenden Minister nach einer vollständigen Erneuerung des Rates ergibt. Der Rat wünscht jedoch, daß eine entsprechende Regelung ebenfalls auf das Ausscheiden eines Ministers während der laufenden Legislaturperiode Anwendung findet.

- Der Rat weist des weiteren darauf hin, daß die jetzige Abfassung des Gesetzesvorschlags keinerlei Bestimmung in bezug auf das Statut und die Rangordnung der Stellvertreter nach jeweiliger Rückkehr der in den 3 Paragraphen angesprochenen Ratsmitglieder aufweist.

Für den Fall, daß zwischen dem Amtsantritt eines Ratsmitglieds als Minister (auf Gemeinschafts-, Regional- oder Föderalebene) bzw. als föderaler Parlamentarier und der jeweiligen Rückkehr dieses Ratsmitglieds weitere Rücktritte von anderen Ratsmitgliedern stattgefunden haben, spricht sich der Rat dafür aus, daß - gemäß dem Wählerwillen - der betroffene Stellvertreter die Stelle erhält, die seinem ursprünglichen Rang entspricht.

- Der Rat weist darauf hin, daß - unter der Voraussetzung, daß die zu Artikel 3 formulierte Bemerkung (Ausweitung der Unvereinbarkeit auf die Mitglieder der Wallonischen Regionalregierung und der Französischen Gemeinschaftsregierung) berücksichtigt wird - die im vorherigen Absatz empfohlene Regelung ebenfalls auf diese Hypothese ausgeweitet werden muß

Schließlich weist der Rat darauf hin, daß es in bezug auf die ausdrückliche Anführung des Sondergesetzes vom 8. August 1980 über institutionelle Reformen keiner ausführlichen Identifikation

des Sondergesetzes bedarf, da diese bereits in Artikel 1 Nummer 1 des o.e. Gesetzes vom 31. Dezember 1983 vorgenommen wurde.

Der in der Anlage 3 zu diesem begründeten Gutachten befindliche Textvorschlag setzt die angesprochenen Anregungen des Rates um.

4. Artikel 5

Der Rat weist darauf hin, daß ein zum 21. Mai 1995 rückwirkendes Inkrafttreten des Gesetzes aufgrund von Artikel 3 des Gesetzesvorschlags unweigerlich zur Folge hätte, daß die augenblickliche Situation der Minister, die ja bislang das Mandat als Ratsmitglied mit demjenigen eines Mitglieds der Regierung kumulieren, im nachhinein als gesetzeswidrig erklären würde. Unvereinbarkeiten dürfen jedoch prinzipiell nicht rückwirken. Aus diesem Grunde erachtet der Rat es für erforderlich, den vorliegenden Gesetzesvorschlag - ähnlich wie dies die Sonderdekrete der anderen Gemeinschafts- und Regionalräte geregelt haben - erst nach der Veröffentlichung im Belgischen Staatsblatt in Kraft treten zu lassen (siehe Anlage 4).

5. Artikel 6

Der Rat begrüßt die im Artikel 6 des Gesetzesvorschlags formulierte Übergangsbestimmung, deren Ziel es sein soll, den Mitgliedern des Rates, die noch bevor Inkrafttreten des Gesetzes gemäß Artikel 4 zurücktreten bzw. zurückgetreten sind, die Möglichkeit zu bieten, in den Rat zurückzukehren, wenn die auf sie zutreffende Unvereinbarkeit (Amt eines Ministers oder föderaler Parlamentarier in Anwendung von Artikel 1bis des Gesetzes vom 6. August 1931) nicht mehr gilt.

ANLAGE 1

Artikel 2 des Gesetzesvorschlags wird durch folgende Bestimmung ersetzt :

Artikel 2 - Artikel 8 § 4 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch das Gesetz vom 16. Juli 1993, wird durch einen Punkt 4 mit folgendem Wortlaut ergänzt :

„4. das im deutschsprachigen Wahlkreis gewählte Mitglied des Europäischen Parlaments, das seinen Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet hat.“

ANLAGE 2

Artikel 3 des Gesetzesvorschlags wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

Artikel 3 - § 1 - Artikel 10bis desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 16. Juli 1993, wird durch die Punkte 12 und 13 mit den folgenden Wortlauten ergänzt :

- „ 12. Mitglied der Regierung,
- 13. Mitglied der Wallonischen Regionalregierung sowie Mitglied der Französischen Gemeinschaftsregierung.“

§ 2 - Artikel 50 Absatz 1 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 16. Juli 1993, wird durch folgende Bestimmung ersetzt :

„Artikel 50 - Die Bedingungen und Unvereinbarkeiten, die in Artikel 10 und im Artikel 5 des Gesetzes vom 6. Juli 1990 zur Regelung der Modalitäten für die Wahl des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehen sind, finden auf die Mitglieder der Regierung Anwendung.“

§ 3 - In Artikel 44 desselben Gesetzes wird die Ziffer „37“ durch die Wortfolge „37 Absätze 2 und 3“ ersetzt sowie die Wortfolge „mit den erforderlichen Anpassungen“ eingefügt.

ANLAGE 3

Artikel 4 des Gesetzesvorschlags wird durch folgende Bestimmung ersetzt :

„Artikel 4 - Es wird ein neuer Artikel 10ter mit folgendem Wortlaut eingefügt :

„Artikel 10ter - § 1 - Das Mitglied des Rates, das zum Mitglied der Regierung gewählt worden ist, hört sofort auf zu tagen, nachdem es in Anwendung von Artikel 62 des Sondergesetzes, der aufgrund von Artikel 51 auf die Deutschsprachige Gemeinschaft anwendbar ist, den Eid als Minister abgelegt hat.

Dieses Mitglied nimmt sein Mandat im Rat wieder auf, nachdem es in Anwendung von Artikel 73 des Sondergesetzes, der aufgrund von Artikel 51 auf die Deutschsprachige Gemeinschaft anwendbar ist, als Minister der Regierung ersetzt worden ist.

Im Falle einer vollständigen Erneuerung des Rates ist das Mitglied der Regierung in Abweichung von Absatz 1 berechtigt, sein Amt als Mitglied der ausscheidenden Regierung zusammen mit seinem Amt als Mitglied des Rates bis zur Wahl der neuen Regierung zu führen.

§ 2 - Die Bestimmungen des § 1 finden mutatis mutandis Anwendung auf das Mitglied des Rates, das zum Mitglied der Wallonischen Regionalregierung oder der Französischen Gemeinschaftsregierung gewählt worden ist.

§ 3 - Das Mitglied des Rates, das in Anwendung von Artikel 1bis des Gesetzes vom 6. August 1931 zur Feststellung der Unvereinbarkeiten und Verbote für Minister, ehemalige Minister und Staatsminister sowie für Mitglieder und ehemalige Mitglieder der Gesetzgebenden Kammern ein Mandat als Mitglied

der Abgeordnetenkammer oder des Senats antritt, hört sofort auf zu tagen, nachdem es den entsprechenden Eid in einer der föderalen Kammern abgelegt hat.

Dieses Mitglied nimmt sein Mandat im Rat wieder auf, sobald der in Absatz 1 erwähnte Artikel 1bis des Gesetzes vom 6. August 1931 auf das betroffene Mitglied keine Anwendung mehr findet.

§ 4 - Das Mitglied des Rates, das zum föderalen Minister oder Staatssekretär ernannt worden ist, hört sofort auf zu tagen, nachdem es vom König zum Minister oder Staatssekretär ernannt worden ist.

Dieses Mitglied nimmt sein Mandat im Rat wieder auf, nachdem es vom König entlassen worden ist.

Im Falle einer vollständigen Erneuerung der föderalen Kammern ist das Mitglied der föderalen Regierung in Abweichung von Absatz 1 berechtigt, sein Amt als Mitglied der ausscheidenden Föderalregierung zusammen mit seinem Amt als Mitglied des Rates bis zur Ernennung einer neuen Regierung zu führen.

§ 5 - Das jeweils im Absatz 1 der §§ 1-4 angeführte Mitglied des Rates wird sofort durch den ranghöchsten Stellvertreter in gegebener Reihenfolge der Liste, auf der es gewählt worden ist, ersetzt.

Der Stellvertreter des Ratsmitglieds genießt das Statut eines Mitglieds des Rates.

Wenn das Mitglied des Rates gemäß dem jeweiligen Absatz 2 der §§ 1, 3 und 4 sein Mandat im Rat wieder aufnimmt, nimmt das stellvertretende Mitglied die seinem ursprünglichen Rang entsprechende Stelle ein.“““

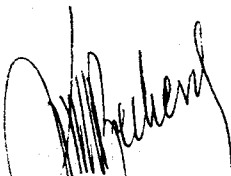
ANLAGE 4

Artikel 5 des Gesetzesvorschlags wird durch folgende Bestimmung ersetzt :

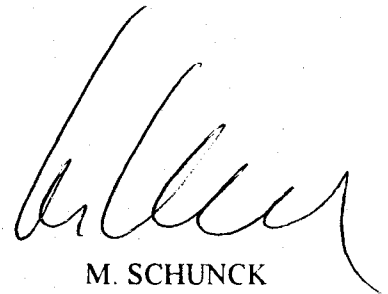
„Artikel 5 - Vorliegendes Gesetz tritt am Tage seiner Veröffentlichung im Belgischen Staatsblatt in Kraft.

VOM RAT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT ANGENOMMEN :

Eupen, den 18. Dezember 1995



M. BECKERS
Generalsekretär



M. SCHUNCK
Präsident

RAAD VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

NEDERLANDSE VERTALING

MET REDENEN OMKLEED ADVIES BETREFFENDE HET WETSVOORSTEL TOT WIJZIGING VAN DE WET VAN 31 DEZEMBER 1983 TOT HERVORMING DER INSTELLINGEN VOOR DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

HOOFDSTUK I - Inleidende opmerkingen

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap vindt het spijtig dat tijdens de laatste staatshervorming geen constitutieve autonomie is toegekend aan de Duitstalige Gemeenschap ondanks de twee met redenen omklede adviezen die hij op 1 februari 1993 omtrent het voorstel van bijzondere wet tot vervollediging van de federale staatsstructuur en op 10 mei 1993 omtrent het voorstel van wet tot vervollediging van de federale staatsstructuur¹ heeft gestemd.

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap vindt het bovendien spijtig dat de verklaring tot herziening van de Grondwet de dato 12 april 1995 geen punt bevat dat de desbetreffende grondwettelijke gelijkheid van de Duitstalige Gemeenschap in de toekomst mogelijk maakt, zoals de Raad in zijn resolutie van 9 maart 1995 aan de federale Kamers betreffende de verklaring tot herziening van de Grondwet had geëist².

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap stelt vast dat een punctuele gelijkheid tussen de Duitstalige Gemeenschap en de andere Gemeenschappen om die reden thans enkel via de wijziging van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap mogelijk is.

¹ Zie RDG-stukken 75 (1992-1993) nr. 2 en 84 (1992-1993) nr. 2 alsmede het Kamerstuk 897/10-92/93 en het Senaatsstuk 558/5 (1992-1993) blz. 490 ff.

² Zie RDG-stuk nr. 144 (1994-1995) nr. 1

HOOFDSTUK II - OPMERKINGEN BIJ DE ARTIKELS VAN HET WETSVORSTEL

1. Artikel 2

Volgens de huidige formulering van artikel 2 moet het lid van het Europees Parlement wegens de verwijzing naar punt 1 van artikel 8 § 4 zowel woonachtig zijn in het Duits taalgebied alsook de grondwettelijke eed uitsluitend of in de eerste plaats in Duits hebben afgelegd.

Betreffende de eed wijst de Raad van de Duitstalige Gemeenschap erop dat het lid van het Europees Parlement geen eed op de Belgische Grondwet aflegt. Er mag om die reden niet naar de verplichting opgelegd in punt 1 worden verwezen. In dit verband maakt de Raad er echter op attent dat het in de Duitstalige kieskring verkozen lid van het Europees Parlement een vergelijkbare voorwaarde - tenminste wat het taalgebruik betreft - krachtens artikel 21 § 6 lid 6 en artikel 41 nr. 3 van de wet van 23 maart 1989 betreffende de verkiezing van het Europees Parlement, gewijzigd door de wet van 16 juli 1993, reeds heeft vervuld.

Betreffende de verplichting om in het Duits taalgebied woonachtig te zijn merkt de Raad op dat een dergelijke voorwaarde moet worden gehandhaafd. Deze verplichting zou moeten worden geïnterpreteerd in de zin van artikel 5 van de wet van 6 juli 1990 houdende regeling van de modaliteiten voor de verkiezing van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap die niet enkel de verkiezing maar ook het verblijf in de Raad van de Duitstalige Gemeenschap afhankelijk maakt van de inschrijving in het bevolkingsregister van een van de gemeenten van het Duits taalgebied (zie daaromtrent het amendement in bijlage 1).

2. Artikel 2

De Raad pleit voor de onverenigbaarheid tussen een mandaat als Raadslid en een mandaat als lid van de Gemeenschapsregering waarin deze bepaling voorziet. De Raad maakt er echter op attent dat de artikels 44 en 50 van bovenvermelde wet van 31 december 1983 zouden moeten worden gewijzigd indien deze bijkomende onverenigbaarheid wordt aangenomen.

De Raad wenst daarenboven dat eveneens een onverenigbaarheid tussen het lidschap in de Raad van de Duitstalige Gemeenschap en de uitoefening van een mandaat in de Waalse Gewestregering of in de Regering van de Franse Gemeenschap wordt ingevoerd. Artikel 10bis zou in die zin met een punt 13 worden aangevuld (zie bijlage 2).

3. Artikel 4

De bedoeling van artikel 4 van het wetsvoorstel is via de heropname van artikel 11 van bovenvermelde wet een regeling te vinden voor de tijdelijke vervanging van leden van de Raad die hetzij tot lid van een Gemeenschapsregering (artikel 11 § 1) of tot federale minister of staatssecretaris (artikel 11 § 3) worden benoemd, hetzij lid van het federaal Parlement bij toepassing van artikel 1bis van de wet van 6 augustus 1931 worden.

- Omtrent de regeling waarin § 1 van het voorgestelde artikel 11 voorziet, merkt de Raad enerzijds op dat de huidige regeling (eerste zin) - in tegenstelling met de wording van artikel 50 van de Grondwet en van de desbetreffende speciale decreten van de Vlaamse Raad, de Waalse Gewestraad en de Raad van de Franstalige Gemeenschap - niet uitdrukkelijk vermeldt dat de minister zijn mandaat als Raadslid weer opneemt na zijn vervanging als Gemeenschapsminister. Anderzijds wijst de Raad erop dat de huidige wording van het paragraaf (inzonderheid de 2de zin) enkel de ontslaghypothese in aanmerking neemt, die voor een ontslag nemende minister na de volledige hernieuwing van de Raad ontstaat. De Raad wenst echter dat een gelijkaardige regeling voor het ontslag van een minister gedurende de zitting wordt ingevoerd.
- De Raad wijst er bovendien op dat de huidige wording van het wetsvoorstel geen enkele bepaling inhoudt omtrent het statuut en de volgorde van de opvolgers na de terugkeer van de leden van de Raad bedoeld in de 3 paragrafen.
Voor het geval dat andere leden van de Raad ontslag nemen tussen het tijdstip waarop een Raadslid zijn mandaat als minister (in de Gemeenschaps-, Gewest- of federale Regering) opneemt of lid van het federaal Parlement wordt en het tijdstip waarop dit Raadslid terugkeert, bepleit de Raad dat de betrokken opvolger - volgens de wil van de kiezer - de plaats krijgt die overeenstemt met de oorspronkelijke volgorde.
- Indien rekening wordt gehouden met de opmerking bij artikel 3 (uitbreiding van de onverenigbaarheid tot de leden van de Waalse Gewestregering en de Regering van de Franse Gemeenschap), wijst de Raad erop dat de regeling die in voorafgaand lid wordt aanbevolen, ook tot die hypothese zou moeten worden uitgebreid.

Tenslotte wijst de Raad erop dat in de verwijzing naar de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen de bijzondere wet niet volledig moet worden aangehaald omdat dit reeds is gedaan in artikel 1 nummer 1 van de bovenvermelde wet van 31 december 1983.

Bovenstaande opmerkingen van de Raad worden verwoord in het tekstvoorstel in bijlage 3 bij dit advies.

4. Artikel 5

De Raad wijst erop dat de retroactieve inwerkingtreding van de wet krachtens artikel 3 van het wetsvoorstel er toe zou leiden de tegenwoordige situatie van de ministers die tot nu toe Raadslid en tegelijkertijd lid van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap zijn, als onwettig te verklaren. Onverenigbaarheden mogen in principe echter niet retroactief zijn. Om die reden acht de Raad het noodzakelijk de onderhavige wet pas na de bekendmaking in het Belgisch Staatsblad in werking te laten treden, zoals dit reeds het geval was voor de bijzondere decreten van de andere Gemeenschaps- en Gewestraden (zie bijlage 4).

5. Artikel 6

De Raad is blij met de overgangsbepaling voorzien in artikel 6 waarmee moet worden bereikt dat de leden van de Raad die nog voor de inwerkingtreding van de wet overeenkomstig artikel 4 ontslag nemen of ontslag hebben genomen, in de Raad kunnen terugkeren wanneer de hen betreffende onverenigbaarheid (mandaat als minister of lid van het federaal Parlement bij toepassing van artikel 1bis van de bovenvermelde wet van 6 augustus 1931) niet meer geldt.

BIJLAGE 1

Artikel 2 van het wetsvoorstel wordt door volgende tekst vervangen:

Artikel 2 - Artikel 8 § 4 van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd door de wet van 16 juli 1993, word aangevuld met een 4°, luidend als volgt:

„4. het in de Duitstalige kieskring verkozen lid van het Europees Parlement dat in het Duits taalgebied woonachtig is.“

BIJLAGE 2

Artikel 3 van het wetsvoorstel wordt door volgende tekst vervangen:

„Artikel 3 - § 1 - Artikel 10bis van dezelfde wet, ingevoegd door de wet van 16 juli 1993, wordt aangevuld met een 12° en een 13°, luidend als volgt:

„12. lid van de regering,

13. lid van de Waalse Gewestregering of lid van de Regering van de Franse Gemeenschap.“

§ 2 - Artikel 50 lid 1 van dezelfde wet, gewijzigd door de wet van 16 juli 1993, wordt door volgende tekst vervangen:

„Artikel 50 - De voorwaarden en onverenigbaarheden waarin artikel 10 en artikel 5 van de wet van 6 juli 1990 houdende regeling van de modaliteiten voor de verkiezing van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap voorzien, zijn van toepassing op de leden van de Regering.“

§ 3 - In artikel 44 wordt het cijfer „37“ vervangen door de woorden „37 leden 2 en 3“ en worden de woorden „met de nodige aanpassingen“ ingevoegd.“

BIJLAGE 3

Artikel 4 van het wetsvoorstel wordt door volgende tekst vervangen:

„Artikel 4 - Er wordt een nieuw artikel 10ter ingevoegd, luidend als volgt:

‘Artikel 10ter - § 1 - Het Raadslid dat tot lid van de Regering wordt verkozen houdt onmiddellijk op zitting te hebben nadat het bij toepassing van artikel 62 van de bijzondere wet dat krachtens artikel 51 van toepassing is op de Duitstalige Gemeenschap de eed als minister heeft afgelegd.

Dit lid neemt zij mandaat in de Raad weer op nadat het bij toepassing van artikel 73 van de bijzondere wet dat krachtens artikel 51 van toepassing is op de Duitstalige Gemeenschap als minister in de Regering is vervangen.

Bij de volledige hernieuwing van de Raad heeft het lid van de Regering in afwijking van lid 1 het recht om zijn ambt als lid van de afgetreden Regering samen met zijn ambt als Raadslid tot de verkiezing van de nieuwe regering uit te oefenen.

§ 2 - De bepalingen van § 1 zijn mutatis mutandis van toepassing op het Raadslid dat tot lid van de Waalse Gewestregering of van de Regering van de Franse Gemeenschap wordt verkozen.

§ 3 - Het Raadslid dat bij toepassing van artikel 1bis van de wet van 6 augustus 1931 houdende vaststelling van de overenigbaarheden en ontzeggingen betreffende de Ministers, gewezen Ministers en Ministers van Staat, alsmede de leden en gewezen leden van de Wetgevende Kamers een mandaat als lid van de Kamer van volksvertegenwoordigers of van de Senaat opneemt, houdt onmiddellijk op zitting te hebben nadat het de desbetreffende eed in een van de federale Kamers heeft afgelegd.

Dit lid neemt zijn mandaat in de Raad weer op zodra het artikel 1bis van de wet van 6 augustus 1931 bedoeld in lid 1 niet meer van toepassing is op het betrokken lid.

§ 4 - Het Raadslid dat tot federaal minister of staatssecretaris is benoemd, houdt onmiddellijk op zitting te hebben nadat het door de Koning tot minister of staatssecretaris benoemd.

Dit lid neemt zijn mandaat in de Raad weer op nadat het door de Koning is ontslagen.

Bij de volledige hernieuwing van de federale Kamers heeft het lid van de federale Regering in afwijking van lid 1 het recht om zijn ambt als lid van de afgetreden federale regering samen met zijn ambt als Raadslid tot de verkiezing van een nieuwe regering uit te oefenen.

§ 5 - Het Raadslid bedoeld in lid 1 van de §§ 1, 3 en 4 wordt onmiddellijk vervangen door de eerste in aanmerking komende opvolger van de lijst waarop het is gekozen.

De opvolger van het Raadslid geniet het statuut van een Raadslid.

Wanneer het Raadslid zijn mandaat overeenkomstig lid 2 van de §§ 1, 3 en 4 weer opneemt neemt de opvolger de plaats in die met de oorspronkelijke volgorde overeenstemt."

BIJLAGE 4

Artikel 5 van het wetsvoorstel wordt door volgende bepaling vervangen:

„Artikel 5 - Deze wet treedt in werking de dag waarop ze in het Belgisch Staatsblad wordt bekendgemaakt.“

RAT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

SITZUNGSPERIODE 1995-1996

Eupen, den 18. Dezember 1995

TRADUCTION FRANCAISE

AVIS MOTIVE RELATIF A LA PROPOSITION DE LOI MODIFIANT LA LOI DU 31 DECEMBRE 1983 DE REFORMES INSTITUTIONNELLES POUR LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

Chapitre I - Remarques liminaires

Le Conseil de la Communauté germanophone regrette que la Communauté germanophone n'ait pas été dotée de l'autonomie constitutive lors de la dernière réforme de l'Etat, autonomie qu'elle avait revendiquée dans les deux avis motivés qu'elle a rendus respectivement le 1er février 1993 sur le projet de loi spéciale visant à achever la structure fédérale de l'Etat et le 10 mai 1993 sur le projet de loi visant à achever la structure fédérale¹ de l'Etat.

Le Conseil de la Communauté germanophone regrette également que la déclaration de révision de la Constitution, adoptée le 12 avril 1995, ne mentionne aucun point susceptible de réaliser cette égalité constitutionnelle de la Communauté germanophone à l'avenir, égalité que le Conseil de la Communauté germanophone avait revendiquée dans sa résolution relative à la déclaration de révision de la Constitution, adressée le 9 mars 1995 aux Chambres fédérales de Belgique².

¹ Voir les documents 75 (1992-1993) n° 2 et 84 (1992-1993) n° 2 du Conseil ainsi que le document n° 897/10-92/93 de la Chambre des représentants et le document n° 558/5 (1992-1993) du Sénat, pages 490 e.s.

² Voir document du Conseil n° 144 (1994-1995) n° 1

Le Conseil de la Communauté germanophone constate qu'à l'heure actuelle, la modification de la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone est donc le seul moyen d'obtenir une égalité ponctuelle entre la Communauté germanophone et les deux autres Communautés.

Dans ce contexte restreint, le Conseil se félicite du dépôt de la proposition de loi en question.

CHAPITRE II - REMARQUES CONCERNANT LES DIFFERENTS ARTICLES DE LA PROPOSITION DE LOI

1. Article 2

D'après le libellé actuel de l'article 2, qui renvoie au point 1 de l'article 8 § 4, le membre du Parlement européen doit à la fois être domicilié dans la Région de langue allemande et avoir prêté le serment constitutionnel uniquement ou en premier lieu en allemand.

En ce qui concerne la prestation de serment, le Conseil de la Communauté germanophone fait remarquer que le membre du Parlement européen ne prête pas serment sur la Constitution belge. Dès lors, le renvoi à cette obligation fixée au point 1 n'est pas indiqué. A ce propos, le Conseil de la Communauté germanophone attire toutefois l'attention sur le fait que le membre du Parlement européen élu dans la circonscription électoral germanophone a satisfait à une condition similaire - du moins en ce qui concerne l'emploi des langues - en vertu de l'article 21 § 6 alinéas 6 et 41, point 3, de la loi du 23 mars 1989 relative à l'élection du Parlement européen, modifiée par la loi du 16 juillet 1993.

Quant à l'obligation d'être domicilié dans la Région de langue allemande, le Conseil de la Communauté germanophone estime qu'une telle disposition devrait être maintenue. Il y aurait lieu d'interpréter cette obligation au sens de l'article 5 de la loi du 6 juillet 1990 réglant les modalités de l'élection du Conseil de la Communauté germanophone qui stipule que seul peut être élu membre du Conseil de la Communauté germanophone et le rester, celui qui est inscrit dans le registre de population d'une des communes de la Région de langue allemande (voir amendement à l'annexe 1).

2. Article 3

Le Conseil se prononce en faveur de l'incompatibilité prévue par cette disposition entre le mandat de membre du Conseil de la Communauté germanophone et de membre du gouvernement communautaire. Il fait toutefois remarquer qu'il y aurait lieu de modifier en conséquence les

articles 44 et 50 de la loi précitée du 31 décembre 1983 si cette incompatibilité supplémentaire était adoptée.

Par ailleurs, le Conseil souhaite que le mandat de membre du Conseil de la Communauté germanophone soit également incompatible avec un mandat de ministre du Gouvernement régional wallon ou de la Communauté française. Il y aurait lieu de compléter l'article 10bis par un point 13 libellé dans ce sens (voir annexe).

3. Article 4

L'article 4 de la proposition de loi tend, via le rétablissement de l'article 11 de la loi précitée, à régler le remplacement des membres du Conseil qui sont appelés à exercer soit un mandat de ministre communautaire (article 11 § 3), soit un mandat de membre du Parlement fédéral en application de l'article 1bis de la loi du 6 août 1931 (article 11 § 2), soit un mandat de ministre ou de secrétaire d'Etat fédéral (article 11 § 3).

- En ce qui concerne les modalités prévues à l'article 11 § 1 proposé, le Conseil fait remarquer que le libellé actuel (première phrase) ne mentionne pas expressément - contrairement à l'article 50 de la Constitution et aux décrets spéciaux adoptés en la matière par le Conseil flamand, le Conseil régional wallon et la Conseil de la Communauté française - que le Ministre reprend son mandat de membre du Conseil après avoir été remplacé dans ses fonctions de Ministre communautaire. Par ailleurs, le Conseil relève que la formulation actuelle de ce paragraphe (surtout de la deuxième phrase) ne prévoit qu'une seule hypothèse, celle du ministre démissionnaire après un renouvellement intégral du Conseil. Le Conseil souhaiterait, quant à lui, qu'une formule comparable soit applicable au Ministre qui démissionne de ses fonctions pendant la législature.
- Le Conseil fait remarquer en outre que le texte actuel de la proposition de loi ne contient aucune disposition relative au statut et au rang des suppléants en cas de retour des membres du Conseil visés aux 3 paragraphes.
Au cas où d'autres membres du Conseil démissionneraient entre le moment où un membre du Conseil prend ses fonctions de ministre (communautaire, régional ou fédéral) ou entre au Parlement fédéral et le retour de ce membre du Conseil, le Conseil plaide pour que la volonté de l'électeur soit respectée et que leurs suppléants retrouvent la place qui correspond à leur rang initial.
- Pour autant qu'il soit tenu compte de la remarque formulée à propos de l'article 3 (extension de l'incompatibilité aux membres du Gouvernement régional wallon et au Gouvernement de la Communauté française), le Conseil observe que la règle préconisée à

l'alinéa précédent soit également rendue applicable à cette hypothèse.

Enfin, le Conseil fait remarquer qu'il n'est pas nécessaire de reprendre l'intitulé complet de la loi spéciale dans la référence à la loi spéciale du 8 août 1980, puisque celui-ci figure déjà à l'article 1, point 1, de la loi précitée du 31 décembre 1983.

Le texte proposé à l'annexe 3 du présent avis motivé est la traduction légistique des suggestions émises par le Conseil.

4. Article 5

Le Conseil observe que la rétroactivité de la loi au 21 mai 1995, prévue à l'article 3 de la proposition de loi, aurait comme conséquence de déclarer illégale a posteriori la situation actuelle des ministres germanophones, qui cumulent le mandat de membre du Conseil et de membre du Gouvernement. Or, il est un principe qu'une incompatibilité ne peut pas être rétroactive. Dès lors, le Conseil estime que la loi en question ne devrait pas entrer en vigueur avant sa parution au Moniteur Belge, ce qui fut déjà le cas pour les décrets spéciaux des autres Conseils communautaires ou régionaux (voir annexe 4).

5. Article 6

Le Conseil se félicite de la disposition transitoire prévue à l'article 6 de la proposition de loi qui doit permettre aux membres du Conseil qui démissionnent ou qui ont démissionné conformément à l'article 4 avant l'entrée en vigueur de la loi, de redevenir membres du Conseil si l'incompatibilité sous laquelle ils tombent (mandat de ministre ou de parlementaire fédéral en application de l'article 1bis de la loi précitée du 6 août 1931) ne leur est plus applicable.

ANNEXE 1

L'article 2 de la proposition de loi est remplacé par la disposition suivante:

Article 2 - L'article 8, § 4, de la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, modifié par la loi du 16 juillet 1993, est complété par un 4°, libellé comme suit:

„4. le membre du Parlement européen élu dans la circonscription électorale germanophone qui est domicilié dans la Région de langue allemande.“

ANNEXE 2

L'article 3 de la proposition de loi est remplacé par la disposition suivante:

Article 3 - § 1 - L'article 10bis de la même loi, inséré par la loi du 16 juillet 1993, est complété par un 12°, libellé comme suit:

„12. membre du Gouvernement,

13. membre du Gouvernement régional wallon ou membre du Gouvernement de la Communauté française.“

§ 2 - L'article 50, alinéa 1 de la même loi, modifié par la loi du 16 juillet 1993, est remplacé par la disposition suivante:

„Article 50 - Les conditions et incompatibilités prévues à l'article 10 et à l'article 5 de la loi du 6 juillet 1990 réglant les modalités de l'élection du Conseil de la Communauté germanophone sont applicables aux membres du Gouvernement.“

§ 3 - A l'article 44 de la même loi, le chiffre „37“ est remplacé par le texte „37 alinéas 2 et 3“; en outre, sont insérés les mots „avec les adaptations nécessaires“.

ANNEXE 3

L'article 4 de la proposition de loi est remplacé par la disposition suivante:

„Article 4 - Il est inséré un nouvel article 10ter libellé comme suit:

„Article 10ter - § 1 - Le membre du Conseil qui a été élu en qualité de membre du Gouvernement cesse immédiatement de siéger dès qu'il a prêté le serment ministériel en application de l'article 62 de la loi

spéciale, applicable à la Communauté germanophone en vertu de l'article 51.

Ce membre retrouve son mandat de membre du Conseil dès qu'il aura été remplacé comme membre du Gouvernement en application de l'article 73 de la loi spéciale, applicable à la Communauté germanophone en vertu de l'article 51.

En cas de renouvellement intégral du Conseil, le membre du Gouvernement est habilité, par dérogation à l'alinéa 1, à exercer simultanément son mandat de membre du gouvernement sortant et son mandat de membre du Conseil jusqu'à l'élection du nouveau gouvernement.

§ 2 - Les dispositions du § 1 sont applicables mutatis mutandi au membre du Conseil élu en qualité de membre du Gouvernement régional wallon ou du Gouvernement de la Communauté française.

§ 3 - Le membre du Conseil qui est appelé à siéger à la Chambre des représentants ou au Sénat en application de l'article 1bis de la loi du 6 août 1931 établissant des incompatibilités et interdictions concernant les ministres, anciens ministres et ministres d'Etat, ainsi que les membres et anciens membres des Chambres législatives cesse immédiatement de siéger dès qu'il aura prêté le serment idoine dans une des Chambres fédérales.

Ce membre retrouve son mandat de membre du Conseil dès que l'article 1bis de la loi du 6 août 1931 visé à l'alinéa 1 ne sera plus applicable au membre concerné.

§ 4 - Le membre du Conseil élu en qualité de ministre ou de secrétaire d'Etat fédéral cesse immédiatement de siéger dès qu'il aura été nommé comme ministre ou secrétaire fédéral par le Roi.

Ce membre retrouve son mandat au Conseil dès qu'il aura été révoqué par le Roi.

En cas de renouvellement intégral des Chambres fédérales, le membre du Gouvernement fédéral est habilité, par dérogation à l'alinéa 1, à exercer simultanément son mandat de membre du gouvernement fédéral sortant et son mandat de membre du Conseil jusqu'à la nomination d'un nouveau gouvernement.

§ 5 - Le membre du Conseil visé à l'alinéa 1 des §§ 1, 3 et 4 est immédiatement remplacé par le premier suppléant en ordre utile sur la liste sur laquelle il a été élu.

Le suppléant du membre du Conseil jouit du statut de membre du Conseil.

Si le membre du Conseil reprend son mandat au Conseil conformément à l'alinéa 3 des §§ 1, 3 et 4, le suppléant reprend la place qui correspond à son rang initial."

ANNEXE 4

L'article 5 de la proposition de loi est remplacé par la disposition suivante:

„Article 5 - La présente loi entre en vigueur le jour de sa publication au Moniteur Belge.“